



Côte d'Ivoire

Der lange Weg aus der Krise

MARTIN JOHR
Juni 2015

- Ein halbes Jahr vor den Präsidentschaftswahlen hat Staatspräsident Alassane Ouattara gute Aussichten, wiedergewählt zu werden. Jedoch gefährden der mangelhafte Aussöhnungsprozess, stockende politische Reformen und die zunehmende Armut weiterhin den Frieden im Land.
- Trotz prominenter Abweichler scheint das Regierungsbündnis zur Wiederwahl Alassane Ouattaras stabil und erfolgversprechend. Die politische Opposition befindet sich in einem geschwächten Zustand. Vor allem die ehemalige Regierungs- und derzeit wichtigste Oppositionspartei FPI ist gespalten.
- Die objektive Bilanz der Politik Ouattaras ist nach vier Jahren zwiespältig: Einem stabilen Wirtschaftswachstum und großen Investitionen in die Infrastruktur stehen ein mangelhafter Aussöhnungsprozess sowie ein Anstieg der Armut gegenüber.
- Die internationale Gemeinschaft betont vor allem die positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes in den vergangenen Jahren. Ein kritischer Blick auf die weiter schwelenden Konflikte im Land kommt dabei jedoch zu kurz.
- Für eine langfristige Stabilisierung und Befriedung der Gesellschaft sind grundlegende Neuansätze notwendig, die unter anderem auch die Opposition einbeziehen. Hier befindet sich die Regierung Ouattara in einer Bringschuld.

Mit dem friedlichen Machtwechsel in Nigeria ist für viele Ivorer die Hoffnung verbunden, dass auch in ihrem Land zum ersten Mal seit der Abkehr vom Einparteiensystem eine Wahl ohne gewalttätige Begleiterscheinungen stattfinden kann. Anders als in Nigeria stehen die Zeichen in Côte d'Ivoire derzeit aber nicht auf Wechsel. Vielmehr scheint eine Wiederwahl des derzeitigen Amtsinhabers Alassane Ouattara (Rassemblement des Républicains, RDR) sehr wahrscheinlich. Derzeit ist es für die demokratische Entwicklung jedoch eher zweitrangig, wer letztlich die Wahlen gewinnt. Der Urnengang stellt vielmehr einen Test für den Zustand der ivoirischen Gesellschaft dar, die nach jahrelangen Konflikten und ca. 3.000 Toten im Nachgang der letzten Präsidentschaftswahlen 2010 weiterhin tief polarisiert und von gegenseitigem Misstrauen durchsetzt ist. Ein Wiederaufflammen des Bürgerkrieges anlässlich der Wahlen 2015 ist eher unwahrscheinlich. Dafür sind die militärischen Machtverhältnisse derzeit zu eindeutig. Dennoch ist ein friedlicher Ablauf der Wahlen nicht gleichbedeutend mit einer Überwindung der massiven gesellschaftlichen Spaltung im Land, die den Frieden mittel- bis langfristig weiter bedroht.

Wirtschaftlich sticht das stabile Wirtschaftswachstum ins Auge, das jedoch durch fehlende Maßnahmen gegen die Armut und eine hohe Staatsverschuldung eingetrübt wird. Selbst wenn die Wahlen vergleichsweise ruhig und friedlich ablaufen sollten, stellen die tiefsitzende Verbitterung der Opposition sowie die immer deutlicher zutage tretenden Konflikte im Regierungslager eine nachhaltige Gefährdung der wirtschaftlichen Entwicklung dar.

Sichere Wiederwahl Ouattaras, doch Rumoren hinter den Kulissen

Die guten Wiederwahlchancen von Staatspräsident Ouattara beruhen auf zwei Pfeilern: Neben seiner unangefochtenen Position innerhalb seiner eigenen Partei RDR bezieht er seine politische Stärke derzeit aus einem Bündnis mit der alten Einheits- und Staatspartei PDCI (Parti Démocratique de Côte d'Ivoire), das ihm 2010 bereits zum Wahlsieg verholfen hatte.

Der PDCI-Parteivorsitzende und ehemalige ivoirische Staatspräsident Henri-Konan Bédié hat Ouattara die Unterstützung seiner Partei zugesichert und seine Anhänger_innen zu dessen Wahl aufgerufen; einen eigen-

ständigen PDCI-Kandidaten wird es nicht geben. Die PDCI-Unterstützer_innen dieses Bündnisses verlassen sich hingegen darauf, dass nach Ablauf Ouattaras zweiter – und laut Verfassung letzter – Amtszeit im Jahre 2020 beide Parteien einen PDCI-Kandidaten ins Amt befördern werden. Ob diese langfristige Strategie angesichts der brüchigen und schnelllebigen Allianzen in der ivoirischen Politik wirklich aufgehen wird, ist unklar, denn auch in der RDR finden sich ehrgeizige und einflussreiche Persönlichkeiten, welche die Wahlen 2020 fest ins Auge gefasst haben.

Hierzu zählt beispielsweise der ehemalige Rebellenführer und jetzige Parlamentspräsident Guillaume Soro, der bereits seit einiger Zeit dabei ist, seinen auf militärischen Loyalitäten beruhenden Einfluss durch politische Netzwerke zu ergänzen. Auch dem derzeitigen Innenminister Hamed Bakayoko werden Ambitionen nachgesagt. Zahlreiche, insbesondere junge Anhänger_innen der PDCI wenden sich gegen die aus ihrer Sicht »beschämende« Zurückhaltung der ehemaligen Einheitspartei. Und auch prominente PDCI-Politiker wie Charles Konan Banny (ehemaliger Vorsitzender der Versöhnungskommission sowie Premierminister, 2005–2007), Essy Amara (Außenminister, 1999–2000) und Kouadio Konan Bertin (Vorsitzender der PDCI-Jugend) haben sich dem Aufruf ihres Parteichefs widersetzt und streben eine unabhängige, wenngleich kaum aussichtreiche Kandidatur an.

Für 2015 scheint also eine stabile Mehrheit für den Amtsinhaber zu bestehen. Interessant werden hinsichtlich der Allianzbildungen und möglicher innerparteilicher Konflikte hingegen die übernächsten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 sein. Die Vorbereitungen für die Nachfolge Ouattaras, die innerhalb des Bündnisses und insbesondere in der eigenen Partei RDR bereits in vollem Gange sind, beinhalten Konfliktpotenzial. Sollte Ouattara, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage sein, seine zu erwartende zweite Amtszeit auszufüllen, ist ein Machtkampf der Kronprinzen Soro und Bakayoko zu befürchten. Gerade Soro werden von Beobachter_innen auch radikalere Schritte zugetraut, sollte er sich in die Ecke gedrängt fühlen. Seine Nähe zur Macht bedeutet für ihn derzeit einen gewissen Schutz vor den Forderungen politischer Gegner_innen, die ihn gerne vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag sehen würden. Soro soll als Rebellenführer, ebenso wie die Gegenseite, für Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des letzten Konflikts 2010/2011 verantwortlich

sein. Aufgrund seiner nach wie vor engen Verbindungen zu militärischen Akteuren bestünde die Gefahr, dass er den persönlichen Macht- und Existenzkampf mit gewaltsamen Maßnahmen führen könnte.

Und die Opposition? Gespalten und politisch isoliert

Dem in Bezug auf die kommenden Präsidentschaftswahlen stabilen Regierungslager aus RDR und PDCI steht mit der FPI (Front Populaire Ivoirien, Partei des Ex-Präsidenten Laurent Gbagbo) nur eine Oppositionspartei gegenüber, die über einen bedeutenden Rückhalt in der Bevölkerung verfügt. Nach der letzten Präsidentschaftswahl 2010 boykottierte die FPI die folgenden Parlaments- und Kommunalwahlen aus Protest gegen die Auslieferung Laurent Gbagbos nach Den Haag. Bis heute wirft man den Vereinten Nationen und Frankreich das Eingreifen zugunsten Ouattaras vor. Die Partei ist seitdem auf keiner politischen Ebene mehr vertreten, und die institutionell ohnehin starke Rolle des Präsidenten wird durch die fehlende Opposition im Parlament weiter zementiert. Hinzu kommt, dass die Partei keinerlei formalen Einfluss auf politische Entscheidungen mehr besitzt. Bedeutende Teile der ivoirischen Bevölkerung sind somit von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen – ein nicht zu unterschätzendes Konfliktpotenzial.

Von der zukünftigen Ausrichtung und Dialogbereitschaft der FPI wird der Frieden im Lande entscheidend mit abhängen. Die FPI-Hardliner machen nach wie vor eine Freilassung Laurent Gbagbos zum Kern ihrer politischen Forderungen. Da dies derzeit und wahrscheinlich auch langfristig unrealistisch ist, besteht die Gefahr, dass die Partei und ihre Anhänger_innen weiterhin in der Fundamentalopposition verharren. Die bereits jetzt erkennbaren negativen Auswirkungen auf das politische System und die Streitkultur des Landes würden sich weiter verschlimmern.

Zu einer Lösung des FPI-Problems sind mindestens zwei Entwicklungen notwendig: Erstens eine tatsächliche Politik der Versöhnung und des offenen Dialogs einschließlich der juristischen Aufarbeitung aller Verbrechen des Bürgerkriegs vonseiten der Regierung; zweitens die Bereitschaft der FPI, sich wieder konstruktiv politisch zu beteiligen und selbstkritisch über die eigene Rolle in den Auseinandersetzungen nachzudenken. Der vom Partei-

vorsitzenden Affi N'Guessan (Premierminister, 2000–2003) angeführte, moderate Teil der FPI sieht sich hier massiver Kritik seitens der Hardliner ausgesetzt. Derzeit sind sowohl Regierung als auch Opposition von einer konsensorientierten Aufarbeitung der Vergangenheit weit entfernt. Neben der fehlenden Präsenz im Parlament ist die interne Spaltung der Partei der Hauptgrund für die politische Schwäche der FPI; und damit der Opposition insgesamt.

Eine neue Anti-Ouattara-Koalition?

Während die FPI weiterhin mit sich selbst beschäftigt ist, hat sich an anderer Stelle eine neue Dynamik ergeben. Mitte Mai 2015 unterschrieb ein breiter Zusammenschluss aus politischen Parteien, unabhängigen Präsidentschaftswahlkandidaten sowie zivilgesellschaftlichen Gruppen eine Charta über die Gründung einer Nationalen Koalition für den Wandel (Coalition Nationale pour le Changement, CNC).

Konkret gefordert werden u. a. eine Auflösung und Neubesetzung der umstrittenen Wahlkommission (Commission Electorale Indépendante, CEI), die Veröffentlichung des Abschlussberichts der Nationalen Versöhnungskommission, die korrekte Registrierung der Wähler_innen, die neutrale Ausrichtung der staatlichen Medien sowie ein Ende der angeblichen Bevorzugung der Regierung nahestehenden Personen und Ethnien. Die Forderung nach Freilassung Laurent Gbagbos ist ohne Zweifel auf den Einfluss der FPI-Fraktion zurückzuführen und wurde bei der Vorstellung der Charta von den Unterstützer_innen minutenlang gefeiert. Primäres, öffentlich erklärtes Ziel der Koalition sind politische Reformen, nicht die Bestellung eines gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten.

Die Koalition spricht zentrale Probleme der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes offen an. Ohne eine Reform der genannten Rahmenbedingungen (Wahlkommission, Wahlrecht, Medien, Aussöhnung) werden sich die Gräben zwischen Opposition und Regierung weiter vertiefen. Sollte es hier tatsächlich noch vor den Wahlen zu Anpassungen kommen, wäre dies ein wichtiges Zeichen und ein erster Schritt hin zu einem politischen Kompromiss. Im Umgang mit den Forderungen wird Ouattara zeigen müssen, inwiefern er wirklich zu einer Politik der Versöhnung und des Dialogs willens und in der Lage ist.

Erste Fortschritte sind erkennbar

Ouattaras kurzfristige Aussichten hängen eindeutig vom Bündnis mit der PDCI und somit von dessen Präsidenten Bédié ab. Sollte Bédié, immerhin schon über 70 Jahre alt, die Zügel in der PDCI irgendwann nicht mehr in der Hand halten, könnte das Bündnis zerbrechen. Bédiés Nachfolger_in fiele mit der PDCI-Anhängerschaft ein politisches Pfund in die Hände, das die Machtverhältnisse umkrempeln könnte. Selbst eine Zusammenarbeit von PDCI und FPI wäre dann nicht auszuschließen, insbesondere wenn sich die RDR-internen Machtkämpfe zukünftig radikalieren. Zwar hat das Bündnis mit der RDR die PDCI in die Regierung gebracht, die Unzufriedenheit mit der zweiten Position hinter Ouattara ist aber groß.

Unter Ouattara weist das Land in den vergangenen Jahren ein starkes Wirtschaftswachstum von knapp unterhalb zehn Prozent aus, das nicht zuletzt auf einem stabilen Kakaopreis und großen Investitionen in die Infrastruktur des Landes beruht. Auf der Habenseite Ouattaras steht neben den wirtschaftlichen Fortschritten vor allem die erkennbare Bereitschaft, das Gewaltmonopol sowie die Stabilität des Staates wiederherzustellen. Die machtpolitisch unangefochtene Position der Regierung wurde dazu genutzt, den Zugriff auf die Sicherheitskräfte des Landes auszubauen. Angesichts der hegemonialen Machtstruktur ist es deshalb wenig verwunderlich, dass sich die Sicherheitslage (vor allem in den Städten) verbessert hat. Nach der faktischen Zweiteilung des Landes und der gewalttätigen Krise 2010/11 sind Ouattara vor allem beim Ausbau der staatlichen Verfügungsgewalt über den Sicherheitssektor und bei der Normalisierung der Verwaltung Fortschritte gelungen. Die Reform des Sicherheitssektors stellt aber weiterhin eine der Kernherausforderungen der Regierung dar.

Beobachter_innen bezeichnen den wirtschaftspolitischen Kurs von Ouattara als neoliberal und durchaus arbeitgeberfreundlich. Deregulierungen (z. B. beim Investitionsgesetz oder der Vergabep Praxis öffentlicher Aufträge), Privatisierungen und das Einwerben ausländischer Investitionen gehören zu den Kernelementen der aktuellen Wirtschaftspolitik. Auch deshalb haben sich unter Ouattara die Beziehungen zu den Nachbarn und der internationalen Gemeinschaft deutlich verbessert. Es bleibt abzuwarten, wie sich die enorme Staatsverschuldung in den kommenden Jahren auswirken wird. Viele

der staatlichen Investitionen werden auf Pump realisiert, so dass Expert_innen in naher Zukunft von massiven Liquiditätsproblemen ausgehen.

Vernachlässigung der zentralen Konfliktursachen

Wachstum, aber für wen?

Zweifelsfrei haben Ouattaras Reformen Bewegung in die ivoirische Wirtschaft gebracht. Gleichzeitig profitiert ein Großteil der ivoirischen Bevölkerung bisher jedoch nicht vom Wachstum. Die soziale Schere ist in den vergangenen Jahren sogar weiter auseinandergegangen. Der Anteil der armen Bevölkerung (Menschen, die von weniger als zwei US-Dollar am Tag leben müssen) ist – entgegen des Trends in Südsahara-Afrika – auf ca. 50 Prozent gestiegen. Im Human-Development-Index (HDI) 2014 rangierte das Land auf einem deprimierenden 171. Platz (von 187 bemessenen Staaten). Die soziale Ungleichheit im Land ist ein massives Entwicklungshindernis; und es steht zu befürchten, dass die bisher unternommene Wirtschaftspolitik hier keine Abhilfe schaffen wird. Diese Analyse ist umso beunruhigender als der Kernkonflikt des Landes – neben der Auseinandersetzung um die politische Macht – ein ökonomischer ist. Ohne eine Beseitigung der massiven Armut und eine konsensuelle Klärung der ökonomischen Streitfragen (Landbesitz, Verteilung der Einnahmen im Kakaosektor) ist eine Beilegung der Konflikte nicht zu erwarten. Einer Lösung dieser Kernprobleme ist das Land auch nach vier Jahren der Ouattara-Präsidentschaft nicht näher gekommen. Es wird viel gebaut und in die Infrastruktur investiert; eine Klärung der konfliktiven Themen bleibt aber weiterhin aus.

Politische Reformen: Das Misstrauen bleibt

Auf politischer Ebene gaben verschiedene Entwicklungen der vergangenen Monate den Beobachter_innen Anlass zur Sorge. Das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition ist von massivem Misstrauen gekennzeichnet. Neben der fehlenden Dialogbereitschaft von Teilen der Opposition sind hierfür auch eine Reihe problematischer Entscheidungen auf Regierungsseite verantwortlich. So führten beispielsweise die einseitige Besetzung der Wahlkommission und der Austausch des Vorsitzenden des Verfassungsrates zu einer weiteren

Vertiefung der Gräben zwischen den politischen Blöcken. Kritiker_innen weisen seit Monaten darauf hin, dass das politische Klima unfreier werde. Hinzu komme die Bevorzugung von Personen, die der Regierung politisch nahestehen, bei der Vergabe von Aufträgen und Posten. Zwar gibt es hierfür häufig keine Beweise, dennoch zeigt diese Debatte, dass beide Seiten sich argwöhnisch gegenüberstehen und eine gemeinsame, dialogorientierte Auseinandersetzung weiterhin unrealistisch ist. Das tiefe Misstrauen, das Teile der Bevölkerung gegenüber der derzeitigen Regierung hegen, ist durch die bisherige Politik nicht zerstreut worden.

Keine Aussöhnung in Sicht

Eine massive Hypothek für das Land ist die nach wie vor nicht erfolgte Aussöhnung. Nach Jahren des Konflikts und blutiger Auseinandersetzungen sollte die Versöhnungskommission (Commission Dialogue, Verité et Reconciliation; CDVR) unter der Leitung des ehemaligen Premierministers Charles Konan Banny (PDCI) eine bedeutende Rolle spielen. Die meisten Expert_innen bewerten deren Ergebnisse jedoch rückblickend sehr kritisch. Der offizielle Bericht ist der Öffentlichkeit nie vorgestellt worden, und ursprünglich geplante öffentliche Übertragungen der bewegenden Schilderungen von Gewaltopfern wurden nie realisiert. Mittlerweile ist auf präsidentielle Entscheidung hin bereits eine Nachfolgekommission ins Leben gerufen worden, die sich um die finanzielle Entschädigung der Opfer kümmern soll, während gleichzeitig noch das »Nationale Programm zur Sozialen Kohärenz« existiert. Insgesamt lässt sich der Eindruck nicht vermeiden, dass zwar zahlreiche Institutionen geschaffen werden, wirklich zählbare Ergebnisse jedoch selten zu erkennen sind. Währenddessen werfen Oppositionelle der Regierung weiterhin eine einseitige »Siegerjustiz« vor. In der Tat beschränkt sich die Verfolgung von Verbrechen aus der Krisenzeit bisher lediglich auf Vertreter_innen des Oppositionslagers, während bedeutende Personen der Regierungsseite, denen ebenfalls Menschenrechtsverletzungen im letzten Konflikt vorgeworfen werden, weiterhin führende politische oder militärische Ämter bekleiden.

Grundsätzlich besteht der mangelnde Wille zur Versöhnung auf beiden Seiten. Doch selbst im Bereich symbolischer Politik ist bis auf Lippenbekenntnisse wenig Handfestes realisiert worden. Aufgrund der Machtverhältnisse

und der damit verbundenen gestalterischen Möglichkeiten muss sich die Regierung sicherlich die Frage gefallen lassen, wieso sie die Chancen zu einer – wenn auch symbolischen – Aussöhnung bisher hat verstreichen lassen. Zweifellos ist der unzureichende Versöhnungsprozess eines der größten Hindernisse des Landes auf dem Weg zum Frieden mit sich selbst. Nationale und internationale Akteure, wie etwa die Friedrich-Ebert-Stiftung, sind in diesem Bereich aktiv und versuchen, die Konfliktparteien zum Dialog zu bewegen. Allerdings üben weite Teile der internationalen Gemeinschaft ihre Einflussmöglichkeiten nur unzulänglich aus und agieren oftmals sehr zurückhaltend. Die ivoirischen zivilgesellschaftlichen Akteure sprechen die Probleme sehr offen an. Sie weisen vor allem darauf hin, dass sich internationale Wortmeldungen bisher zu einseitig auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes konzentrieren.

Die langwierige Reform des Sicherheitssektors

Die weitere Entwicklung des Landes wird zudem maßgeblich davon abhängen, inwiefern eine Demokratisierung und Kontrolle des Sicherheitssektors gelingt. Im Zuge der jahrelangen Konflikte haben Milizenführer und bewaffnete Gruppen ihren Einfluss kontinuierlich ausgebaut. Anfang 2015 berichtete eine UN-Expert_innen-gruppe von weiterhin bestehenden paramilitärischen Gruppierungen und Milizen, die sich nicht dem staatlichen Gewaltmonopol unterordnen und durch Weiterbetreiben der lukrativen Kriegsökonomien (z. B. Goldabbau und dessen illegaler Weiterverkauf) eine reelle Gefahr für die Sicherheit darstellen würden. Zudem sind einige ehemalige Rebellenführer und Kombattanten mittlerweile enttäuscht: Sie hatten sich nach Ende des Krieges eine Eingliederung in Armee oder Polizei erhofft. Zwar ist das in vielen Fällen auch geschehen, doch Ende Juni 2015 wird die vom Staat gesetzte Frist zur Abgabe der Waffen ablaufen, sodass es für die bisher nicht eingegliederten Ex-Kombattanten keine Zukunft in den regulären Streitkräften geben wird.

Der Staat betreibt zwar weiterhin Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramme, meist mit internationaler Hilfe, deren Wirkung unter Beobachter_innen jedoch umstritten ist. Offiziellen Angaben zufolge ist ein Großteil der ehemaligen Rebellen und sogenannten Ex-Kombattanten entwaffnet, aus dem Dienst entlassen und in das zivile Leben eingegliedert worden. Gleich-

zeitig weist etwa das nationale Netzwerk gegen Kleinwaffenproliferation darauf hin, dass die Anzahl unkontrolliert zirkulierender Waffen weiterhin beunruhigend hoch ist. So wurden beispielsweise ca. 60 Tonnen Kleinwaffen entdeckt, die nicht der Kontrolle der offiziellen Sicherheitskräfte unterliegen. Beobachter_innen weisen darauf hin, dass allein dies ein größeres Waffenarsenal darstelle, als es die ivorische Armee zu ihrer Verfügung habe. Und auch diejenigen Kämpfer, die mittlerweile in offizielle Streitkräfte, die Polizei oder den Zoll eingegliedert sind, lassen Zweifel an ihrer Loyalität aufkommen. So protestierten im November 2014 in mehreren Städten Soldaten, weil ihnen versprochene Soldzahlungen und Prämien nicht ausgezahlt worden waren. Kritiker_innen warnen daher immer wieder davor, dass viele Angehörige der Streitkräfte weiterhin gegenüber Einzelpersonen loyal sind. Die Gefahr, dass diese Netzwerke im politischen Machtkampf genutzt werden, besteht weiter.

Ein Blick auf die Wahlen greift zu kurz

In einiger Hinsicht sind Fortschritte in der Côte d'Ivoire zu erkennen, die zu einer positiven Entwicklung des Landes beitragen könnten. Ein starkes Wirtschaftswachstum, das bisher aber sozial keine Fortschritte gebracht hat, die zunehmende Stabilisierung des politischen Systems sowie die sich verbessernde Sicherheitslage sind positive Aspekte. Wichtiger als die kurzfristige Frage nach dem Wahlergebnis wird für das Land jedoch sein, inwiefern es zukünftig gelingt, die nach wie vor massiven Entwicklungsprobleme und Bedrohungen des gesellschaftlichen Friedens hinter sich zu lassen. Es wird entscheidend darauf ankommen, der in Armut lebenden Bevölkerung wirtschaftliche Zukunftsperspektiven zu bieten. Ohne eine Aussöhnung der nach wie vor mit tiefem Misstrauen erfüllten politischen Lager wird jedoch auch eine Verbesserung der sozialen Lage langfristig nicht weiterhelfen.

Entscheidend wird sein, die Opposition (sprich: FPI) wieder in das politische System einzubeziehen, um eine weitere Isolierung und Radikalisierung der größten Oppositionspartei zu verhindern. Hierzu bedarf es einer glaubwürdigen Versöhnungspolitik, die starke, eigenständige Institutionen fördert und eine ehrliche juristische Aufarbeitung der Vergangenheit ermöglicht. Eine solche, ehrliche Politik würde den moderaten Oppositionskräften den Rücken stärken und langfristig zu einer tieferen allgemeinen Akzeptanz rechtsstaatlicher, demokratischer Prinzipien und Handlungsweisen beitragen.

Bisher ist die Bilanz Ouattaras, da sind sich viele unabhängige Beobachter_innen einig, entgegen vielfacher Beteuerungen im besten Fall ambivalent. Auch die bereits erkennbaren Konflikte innerhalb des Regierungslagers in Verbindung mit der Existenz bewaffneter Gruppierungen bedrohen weiterhin den Frieden. Die anstehenden Wahlen sind hierbei lediglich ein kurzfristiger Gradmesser, inwieweit die Entscheidung über die Vergabe politischer – und damit ökonomischer – Macht jetzt schon regelgebunden, also friedlich vonstattengehen kann. Sollten die tiefergehenden ökonomischen, sozialen und politischen Konflikte nicht beseitigt werden, besteht weiterhin latent die Gefahr eines Rückfalls in die Zeiten des Bürgerkrieges.

Hier sind vor allem die internationalen Partner des Landes gefragt, über die Wahlen hinaus auf eine Einhaltung rechtsstaatlicher und demokratischer Prinzipien zu drängen. Bisher ist dies nur selten erfolgt. Die internationale Gemeinschaft sollte erkennen, dass eine friedliche Entwicklung der Côte d'Ivoire ohne Beratung der politischen Entscheidungsträger_innen akut gefährdet ist. Das Zeitfenster für eine Aufarbeitung der Krise schließt sich schnell und unter der Oberfläche lauern weiterhin massive Konflikte.



Über den Autor

Martin Johr leitet seit 2014 das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Côte d'Ivoire und war vorher von 2009 bis 2014 als Referent im Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika der Stiftung in Berlin tätig.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Manfred Öhm, Leiter, Referat Afrika

Tel.: ++49-30-269-35-7446 | Fax: ++49-30-269-35-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen/Kontakt:
Caroline.Lemmer@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-95861-191-7